

Finanzwirksame Volksentscheide müssen, um zulässig zu sein, Kostendeckungsvorschläge enthalten. Ausgeschlossen sind Volksentscheide über das Haushaltsgesetz als solches. Ein Volksentscheid kann sich – überwindet er die Quoren – nur insoweit auf die Änderung der Verfassung richten, wie dies auch der parlamentarische Gesetzgeber könnte.

Ein Gesetzentwurf ist angenommen, wenn die Mehrheit der Abstimmenden zugestimmt hat und sich mindestens ein Fünftel der Stimmberechtigten an der Abstimmung beteiligt hat. Für Verfassungsänderungen gelten erheblich höhere Quoren. Ein verfassungsändernder Gesetzentwurf ist angenommen, wenn zwei Drittel der Abstimmenden zugestimmt und sich mindestens 50 von 100 der Stimmberechtigten an der Abstimmung beteiligt haben. Bei Gesetzen, die der Zustimmung des Bundesrates bedürfen und bei verfas-

sungsändernden Gesetzen gilt das Ergebnis der Abstimmung in einem Land als Abgabe seiner Bundesratsstimme.

Die Zukunftswerkstatt »Demokratie und Freiheit« des SPD-Partei Vorstandes hat es sich zur Aufgabe gemacht, Konzepte für mehr Bürgerbeteiligung, für mehr Demokratie und für eine fortschrittliche Demokratie zu erarbeiten. Die hier dargestellten Ansätze sind in einem Papier mit dem Titel »Mehr Demokratie leben« differenziert dargestellt. Unser Ziel ist es, neue Möglichkeiten zur Partizipation für die Menschen darzustellen. Diese Möglichkeiten wollen wir in den nächsten Jahren mittels konkretem politischen Handeln in die Realität umsetzen, damit das zweifellos vorhandene Interesse der Bürgerinnen und Bürger an einzelnen Projekten im Besonderen und an Politik im Allgemeinen befriedigt werden und damit unser Land von den Ideen der Menschen profitieren kann.

Dieter Rulff

Defizite linker Politik

Als sich auf der Höhe der Finanzkrise die Banken als staatsbedürftig erwiesen, hegte nicht nur die politische Linke die Erwartung, dass der Marktliberalismus endgültig desavouiert sei und nunmehr der Staat zurückkomme. Er ist zurückgekommen, doch er ist nicht mehr der alte. Der Staat hat in den letzten beiden Jahren sein Letztes gegeben um grosso modo den Status quo ante finanzwirtschaftlicher Omnipotenz zu restaurieren. In der Konsequenz ist die Politik von der Autonomie, die sie damit insinuierte, weiter entfernt denn je.

Dieter Rulff

(* 1953) war Redakteur von *Radio Glasnost*, Ressortleiter bei der *taz* und bei der Zeitschrift *Die Woche* und ist nun freier Autor und verantwortlicher Redakteur der gesellschaftspolitischen Vierteljahresschrift *vorgänge*.

diiterrulff@freenet.de



gemacht. Durch sie ist vielmehr in unkalkulierbarer Weise ein strukturelles Defizit potenziert worden, das seinen Ausgang bereits weit vor der Finanzkrise genommen hat und durch diese in einer Weise verschärft wurde, die die Handlungs- und Legitimationsfähigkeit des demokratischen Staates gefährdet.

Die Staatsverschuldung wächst bereits seit den frühen 70er Jahren beständig, unbeschadet konjunktureller Zyklen und un-

Die Hilfe für das Finanzkapital hat die Politik nicht nur zur Getriebenen desselben

abhängig von politischen Konstellationen und Koalitionen. In Deutschland summiert sich die Staatsverschuldung auf 1,8 Billionen Euro, zu denen sich, je nach Schätzung, bis zu 6 Billionen Euro addieren, die der deutsche Staat an Verpflichtungen für die Zukunft – sei es durch Rentenleistung und Beamtenpensionen, sei es durch die Pflegeversicherung – eingegangen ist.

Diese Entwicklung war seit Langem absehbar und wird sich nicht kurzfristig revidieren lassen. Sie wurde angetrieben durch die Eigendynamik der sozialen Sicherungssysteme. Sie führte in den zurückliegenden Jahrzehnten dazu, dass sich das Verhältnis von Zahlenden und Nutzenden zu Gunsten Letzterer verschoben hat und weiter verschoben wird. Mitte der 90er Jahre wurde verabredet, die Auswirkung dieser Dynamik auf 40 % der Lohnkosten zu begrenzen, seitdem entfaltet sie ihre volle Wucht auf den Staatshaushalt.

Diese Entwicklung der letzten 40 Jahre ging parallel mit einem Rückgang des Wirtschaftswachstums und damit der volkswirtschaftlichen Verteilungsmasse und einem – teils von diesem intendierten – schwindenden Zugriff des Staates auf die Gewinne der Unternehmen, Vermögen und privaten Einkommen.

Die Dynamik dieser Entwicklung führte dazu, dass die Aufwendungen des Bundes für die Träger der Sozialversicherung von 13,5 % des Haushaltes im Jahr 1970 auf 34,3 % im Jahr 2009 stiegen. In der gleichen Zeit ist der Anteil der für Schulden und Zinsen ausgegeben wird, von 3,1 % auf 14,2 % (2008) gestiegen. Durch die Finanzkrise hat sich diese Marge noch erheblich nach oben verschoben.

Rechnet man die durch langfristige Verpflichtungen festgelegten Anteile des Staatshaushaltes zusammen, so verbleibt ein für die politische Gestaltung verfügbarer Rest von 20 % der Staatseinnahmen. 1970 lag dieser Anteil noch bei 63 %. Nachfragepolitik oder Angebotspolitik?

Diese Entwicklung wurde jahrzehnte-

lang parteiübergreifend befördert und flankiert von einer legitimierenden Rhetorik, die staatliches Schuldenmachen als ökonomisches Win-win-Modell verkaufte. Nachfragepolitisch sah und sieht man in der vermehrten, auch schuldenfinanzierten Staatsausgabe den Motor zur Ankurbelung einer Binnennachfrage, der konjunkturfördernde Effekte zugeschrieben werden, die über die dadurch induzierte erhöhte Staatseinnahme den Abbau der Schulden wieder ermöglicht.

Diese Refinanzierung hat sich – nicht zuletzt aufgrund der Eigendynamik staatlicher Ausgabenpolitik – so gut wie nie eingestellt, die Wirksamkeit ist zudem in einem Maße geschwunden, wie die Globalisierung zu erheblichen Streueffekten der eingesetzten Mittel führte. Doch auch Angebotspolitiker vermehrten den Schuldenberg. Sie verfochten und verfechten das Primat der Steuersenkung und versprachen von der gesamtwirtschaftlichen Wirkung *Trickle Down*- und damit Steueraufkommens-Effekte, die nie eingetreten sind. Vor allem die FDP huldigt noch heute dieser »Theorie«, der jede empirische Evidenz fehlt.

Schuldenabbau oder Sozialpolitik?

Mit einem für die politische Gestaltung verfügbaren Anteil am Haushalt von unter 20 % ist spätestens ein Schwellenwert erreicht, ab dem die Gestaltungsräume und damit Bindungskräfte der Demokratie geschwächt werden. Die Möglichkeit der Exekutive, sich durch ein entsprechendes Output die Legitimation zu sichern, die ihr der Souverän bei der Wahl vorgeschossen hat, schrumpfen auf ein kaum mehr merkliches Maß.

Dieser Legitimationsverlust des Staates trifft die ganze politische Klasse, er wird jedoch von den politischen Lagern verschieden verarbeitet.

Während Liberalen und Konservativen immer schon eine gewisse Skepsis gegenüber dem Staat eigen war, sie dessen Aufgaben auf das Maß seiner Einnahmen beschränkt wissen und diese gering halten wollten, stellt das Schuldendilemma die politische Linke vor ein grundsätzliches Problem. Denn deren Stärke lag und liegt in dem Versprechen, das Schicksal des Einzelnen durch Veränderung seiner gesellschaftlichen Verhältnisse zum Guten zu wenden – ein Versprechen, dessen Einlösung von den Spielräumen staatlicher (Um-)Verteilungspolitik abhängt. Diese Spielräume durch eine Politik erhöhter Staatseinnahmen zu vergrößern, trifft inzwischen schnell auf den Widerstand einer gesellschaftlichen Mitte, die auf Grund der Prekarisierung der Lebensverhältnisse den eigenen Status durch vermehrte private Vorsorge zu sichern gezwungen ist. Damit ist der Teufelskreis der Austeritätspolitik geschlossen. Und hat sich ein fiskalisches Austeritätsregime einmal etabliert,

dann sind, so der Soziologe Wolfgang Streeck, »seine Aussichten gut, sich laufend selbst zu stabilisieren: Hartnäckige Defizite verlangen immer neue Sparmaßnahmen (...). Steuererhöhungen als Alternative sind umso unpopulärer, je mehr sie dazu gebraucht werden, zunächst historisch gewachsene alte Verbindlichkeiten zu begleichen. Neues kann unter solchen Bedingungen kaum mehr unternommen werden.«

Eine Politik, die den Schuldenabbau zu ihrem Gegenstand macht, hat somit von vornherein mit geringer Akzeptanz zu kämpfen. Streeck befürchtet gar, dass die Schuldenbremse dazu führt, »die Sozialstaatsklausel des Grundgesetzes praktisch zu suspendieren«. Eine Befürchtung, die Linke innerhalb und außerhalb der SPD teilen. Diese erkennen in der Schuldenbremse eine »politische Kastration«, Streeck findet gar, sie sei »unter den vielen krassen strategischen Fehlern der Müntefering-Steinmeier-SPD (...) der größte«.

Damit wäre die Scheidelinie, die aus dem linken Lager derer zwei macht, markiert. Es spricht einiges für die Erwartung, dass es um den jeweiligen Stellenwert von Schuldenabbau und Sozialpolitik in den kommenden Jahren eine Kontroverse geben wird, die der um die Hartz-Reformen in nichts nachstehen wird. Denn auch wenn alle Finanzkapital-, Kapital- und Vermögens-Ressourcen zur Erhöhung der Staatseinnahmen ausgeschöpft werden, wird diese Kontroverse allenfalls abgefedert, aber nicht gelöst sein. Die Attraktivität einer expansiven Sozialpolitik liegt auf der linken Hand, doch kann die Linke ebenso wenig wie Streeck einen Ausweg aus der gleichfalls beklagten Schuldenfalle benennen. Auch er misstraut dem keynesianischen Refinanzierungsversprechen.

Prioritätensetzung!

Die Alternative einer Politik finanzpolitischer Nachhaltigkeit hätte wiederum damit zu kämpfen, dass sie keine materiellen Interessen befriedigt und deshalb nur schwer Mehrheiten mobilisieren kann. Ihre Chance besteht allenfalls in dieser Selbstlosigkeit und dem politischen Anspruch, der sich damit verbindet.

Während die Partei »Die Linke« sich dem ersten Weg verschrieben hat, findet sich in der Programmatik der Grünen noch am ehesten eine gleiche Gewichtung beider Ziele. Generationen- und soziale Gerechtigkeit stehen bei ihnen allerdings unvermittelt nebeneinander. Doch lassen sich beide Ziele nicht versöhnen, sondern erfordern Prioritätensetzung.

Diese Prioritätensetzung verlangt vom Staat, die entstandenen Ungleichgewichte im Verhältnis von Kapital und Arbeit künftig weniger durch Umverteilung zu kompensieren, sondern ordnungspolitisch zu regulieren und die eigenen Mittel auf investive Bereiche wie Bildung und Forschung zu konzentrieren. Die Reduktion der Staats-

verschuldung als gleichrangiges Ziel fortschrittlicher Politik zu realisieren bedeutet, sie nicht mehr wahlweise lediglich als fiskalisches Problem, als notwendiges Übel des sozialpolitisch Guten oder als ökonomisches Nullsummenspiel zu betrachten, sondern auch als Grundlage demokratischer Souveränität. Griechenland ist das derzeit deutlichste Beispiel eines Staates, der durch die Missachtung des Zusammenhangs von Verschuldung und Handlungsfähigkeit sich in eine – durch den Finanzkapitalmarkt beschleunigte – Krise manövriert hat, die an seine demokratische Substanz geht.

Eine nachhaltige Fiskalpolitik, die dem vorbeugen will, kann sich nur auf eine politische Gesellschaft stützen, welche der Fähigkeit zur demokratischen Regulation ihrer Belange einen eigenen Stellenwert beimisst. Sie kann sich nicht mehr, wie der Verfassungsrechtler Wolfgang Böckenförde in seinem berühmten Diktum noch nahe legte, aus vorgelagerten gesellschaftskulturellen Ressourcen speisen, sondern muss sich permanent selbst regenerieren. Lange Zeit kompensierte die Sozialpolitik diese Ressourcen. Inzwischen kann sich die Regenerationsfähigkeit nur noch aus der Attraktivität der Demokratie selbst speisen.

Es ist eine spröde Attraktivität. Doch klingt sie selbst in allen Protesten an, die den Staat zum Adressaten haben, sei es Gorbachev, sei es Stuttgart 21, sei es Hartz IV. Opposition ist in diesem Land nicht mehr gegen sondern auf das System gerichtet. Eine politische Gesellschaft begreift den Staat als Medium der Selbsteinwirkung. Das bedingt natürlich sowohl die soziale Befähigung dazu wie auch ein Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft. Während der Finanzkrise wurde dieses Primat proklamiert, um zugleich ausgenutzt und ausgehöhlt zu werden. Die Schuldenkrise wäre der Anlass, dass der Staat um seiner demokratischen Verfasstheit willen mit diesem Primat ernst macht.